

Arbeiter-Zeitung

Montag, 27. April 1931
Ausg. A. 13. Jahrgang. Nummer 61

Schafft Inserate
für die
Mai-Nummer!

Preis: 10 Pf. + 1 Pf. für den Postweg. Inland: 10 Pf. monatlich. Ausland: 15 Pf. monatlich. Durch den Postweg: 15 Pf. monatlich. Unter Streifen 2 Pf. gestaltete Willkürzettel oder deren Verfilmung angehängt 6 Pf. Willkürzettel: Die Willkürzettel oder deren Verfilmung im Wert 70 Pf. - Schluß der Inseratenannahme in der Hauptredaktion am 1. Mai; in den Filialen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien

Organ der KPD, Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 60, Telefon 400 55. Redaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 60, Telefon 430 02. Sprechzeit der Redaktion von 12-18 Uhr. Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. Filialredaktion: Berlin, Lützow 6, Telefon 23 64. Sprechzeit von 8-10 Uhr. Geschäftsstand: Hauptverlag Breslau, Verlag: Schönlank Verlagsgesellschaft m. B. G., Breslau. - Druck: „Fortschritt“ W. G., Fil. Breslau, Trebnitzer Straße 60, Telefon 464 55.

Kommunistischer Mai-Aufmarsch in München verboten!

Die Volksfeinde fürchten den roten 1. Mai / Alle Kundgebungen unter freiem Himmel und in Sälen verboten / Betriebe streikfertig machen! / Alles marschiert in Einheitsfront unter roten Fahnen mit Sichel und Hammer! / Nun erst recht mit der KPD!

Die Münchener Polizeidirektion hat die von der kommunistischen Partei und den revolutionären Massenorganisationen in München für den 1. Mai 1931 geplanten Demonstrationen und Kundgebungen unter freiem Himmel, aber gleichzeitig auch sämtliche an diesem Tage in geschlossenen Räumen angelegten Versammlungen verboten.

Das ist eine Herausforderung des gesamten Proletariats. Damit werden die revolutionären Arbeiter unter Ausnahmezustand gestellt, während gleichzeitig die sozialdemokratischen Organisationen demonstrieren können. Nichts zeigt klarer als diese Tatsache, wie wenig die Bourgeoisie die SPD fürchtet, wie sehr sie dagegen alles unternimmt, um den Vormarsch der Kommunisten aufzuhalten.

Der Kommunismus in der alten Nazi-Hochburg hat gerade in den letzten Wochen und Monaten neue Schichten erobert. In immer stärkerem Maße wenden sich die empörten Arbeiter von der national-

Heraus zum 1. Mai!

Am 1. Mai 1931 marschieren die Weltarmee der Arbeit unter den Kampfplakaten der kommunistischen Internationale auf. Mehr als je versucht der Kapitalismus die Werktätigen aller Länder durch die brutalsten Unterdrückungsmethoden, durch die Anwendung der faschistischen Diktatur, sein verkautes System der Ausbeutung und Ausraubung aufrecht zu erhalten. Stärker als je aber ist der Ansturm der Arbeiterklasse, die immer mehr erkennt, daß nur die gesamte Front aller Werktätigen, nur der entschlossene, offensive Kampf dem Kapitalismus und damit ihrem Elend ein Ende machen.

Die 2. Internationale kämpft im Lager des Weltkapitals mit allen Mitteln der Kriegsheke, des organisierten Streikbruchs und Polizeiterrors gegen die Sowjetunion und gegen das revolutionäre Proletariat. Die „linken“ Führer der Sozialdemokratie versuchen durch demagogische Manöver und linke Phrasen die rebellierenden Anhänger bei der faschistischen Sozialdemokratie zu halten, um sie auch weiterhin vor den Karren des karrotierten und schlafbeladenen Kapitalismus zu spannen.

Im kapitalistischen Deutschland mit einer Erwerbslosenarmee von fünf Millionen plündert die Bourgeoisie durch diktatorische Notverordnungen die werktätigen Massen aus. Mit faschistischen Ausnahmegeetzen werden die letzten kümmerlichen Rechte und die Freiheit des Volkes abgebaut und die kommunistische Partei, die Führerin des Freiheitskampfes des deutschen Volkes, verfolgt und unter Terrorgeetze gestellt. Die Brüning-Regierung plant die Durchführung weiterer Notverordnungen mit dem Ziele, einige Hundert Millionen auf Kosten der Arbeiter, Erwerbslosen und Sozialrentner, der Kriegsoffer, unteren Beamten und Angestellten „einzusparen“. Die in Vorbereitung befindliche Verfassungs- und Wahlrechtsreform bezweckt die schärfere Anwendung der faschistischen Diktatur und die stärkere Anebelung des werktätigen Volkes. Die Unternehmer betreiben eine neue Lohnabbauoffensive, und die Sozialdemokraten, welche den offenen Lohnraub unterstützen, propagieren die Fünftageswoche der Unternehmer, die gleichbedeutend ist mit einer weiteren Lohnsenkung und einer veränderten Ausbeutung.

Der Preisentwärtungswindst ist längst geplagt.

Er dient nur der korrupten SPD, zur Rechtfertigung ihrer aktiven Hilfe bei der Durchführung des Lohnraubes. Statt die Preise zu senken, werden sie erhöht. (Wie in allen Städten Deutschlands, wurde auch in Breslau der Brotpreis heraufgesetzt.) Hier wenig mehr für ein Bierpfundbrat müssen die werktätigen Massen bezahlen. Im Stadtparlament steht ein Haushaltsplan zur Abstimmung, der einen weiteren rigorosen Abbau aller Wohlfahrtsunterstützungen, einen weiteren Raub an Löhnen und Gehältern, weitere Massenentlassungen und weitere Steuererhöhungen vorsieht. Die Polizeizuschüsse werden aber um nahezu eine Million erhöht.

Der Stahlhelm, die Bürgerkriegsgarde der deutschen Bourgeoisie, will am 31. Mai in Breslau einen provokatorischen Aufmarsch durchführen und das schlesische Volk überfallen und terrorisieren.

Dieser Aufmarsch soll eine großzügige Bürgerkriegsübung für die bewaffnete Niederschlagung der um Freiheit und Brot kämpfenden Massen werden.

Arbeiter Breslaus! Werktätige Männer und Frauen!

Die kommunistische Partei ruft euch auf, am 1. Mai unter ihrer Führung im Zeichen der revolutionären Einheit, für Brot und Arbeit, für ein freies, sozialistisches Sowjet-Deutschland zu marschieren und durch einen geschlossenen politischen Massenstreik euren Kampfeswillen zu bekunden. Um der Massendemonstration des Breslauer Proletariats ein diszipliniertes Gepräge zu geben, fordern wir alle aktiven Werktätigen auf, sich an dem roten Massenordnerdienst

zu beteiligen. Beteiligt euch an dem Massenstreikpostendienst und an dem letzten Appell am 1. Mai zur Mobilisierung der werktätigen Bevölkerung Breslaus! Weibet euch in den Agitationslokalen. (Siehe lokaler Teil!)

Arbeiter, Werktätige, heraus zum roten Kampfaufmarsch am 1. Mai!

Antreten um 1 Uhr an den Stellen:

- Stadtteil West: 10,15 Uhr Striegauer Platz.
- Stadtteil Ost: 10 Uhr Königgräber. Ede Tauenzienstraße.
- Stadtteil Süd: 10,15 Uhr Teichböden.
- Stadtteil Zentrum: 10,45 Uhr Walkstraße Ede Königsplatz.
- Stadtteil Nord: 10,30 Uhr Weihenburger Platz.
- Stadtteil Nordost: 10,30 Uhr Uferstraße, Lokal Schmieder.
- Groß-Tschansch: 9,30 Uhr Karl-Marx-Straße.

Gegen Faschismus, Brüning-Diktatur und Preußen-Regierung!
Gegen den Stahlhelm-Uberfall am 31. Mai auf das schlesische Volk!

Gegen den nationalsozialistischen Mordterror und sozialdemokratischen Volksbetrug!

Gegen die imperialistische Kriegsheke der II. Internationale!
Gegen Lohn- und Unterdrückungsraub, gegen Steuerausplünderung und Brotwucher, gegen Wahlrechtsraub und Notverordnungen!

Für Brot und Arbeit, für Freiheit und Sozialismus!
Für den Siebenstundentag und die Bierpfundwoche bei vollem Lohnausgleich, für höheren Lohn und ausreichende Unterstützung der Erwerbslosen, Kleinrentner und Kriegsoffer!

Für den Schutz der Sowjetunion!

Für ein Sowjet-Deutschland!

100 Prozent Renten-Anrechnung auf die Ruhegehälter

fordert die Breslauer Handwerkskammer. Näheres im lokalen Teil.

sozialistischen und Sozialdemokratischen Partei ab und kommen zur kommunistischen Partei. Das ist die Ursache für das aufreizende Verbot. Es ist eine Verbeugung vor dem „Braunen Kaiser“ Hitlers.

Wir sind überzeugt, daß das Münchener Proletariat diese Provokation so zu beantworten weiß, wie es noch in allen Zeiten proletarisch-ant gewesen ist.

Nach dem sozialdemokratischen Verbot in Schamberg-Lippe dieses Verbot in München. Diese reaktionären Anschläge signalisieren den deutschen Arbeitern, in welcher Situation der Kampfmai 1931 fällt.

Aber die Herren irren sich. Die Arbeiterschaft Deutschlands wird noch wachvoller, noch gewaltiger als in den vergangenen Jahren aufmarschieren. Die Breslauer und schlesische Arbeiterschaft fühlt sich mit ihren Münchener Genossen verbunden. Ihre Antwort auf diese Herausforderung heißt:

Nun erst recht Massenstreik! Nun erst recht Massenaufmarsch!
Nun erst recht Massenmobilisierung aller Werktätigen!

Der Generalstab des Weltbolshewismus tagte

11. Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale

Das Politsekretariat des K. I. veröffentlicht das folgende Communiqué:

Anfang April fand in Moskau das XI. Plenum des Exekutivkomitees der kommunistischen Internationale statt. Das Plenum hat folgende Berichte entgegengenommen:

1. Referat des Genossen Manuilski über die Aufgaben der Sektionen der kommunistischen Internationale in Verbindung mit der Vertiefung der ökonomischen Krise und des Heranwachsens der Voraussetzungen der revolutionären Krise in einer Reihe von Ländern sowie die Referate der Genossen Thälmann, Lenki und Tschernobanow über die Lage und die Aufgaben der kommunistischen Parteien Deutschlands und Polens und der K. I. und

2. Referat des Genossen Cagin über die Gefahr des Interventionskrieges gegen die Sowjetunion.

Das Plenum nahm in die K. I. als selbständige Sektionen die schon mehrere Jahre als ein Bestandteil der K. I. Frankreichs existierende und im Februar 1930 zu einer selbständigen Partei reorganisierte kommunistische Partei in Belgien, die schon mehrere

Jahre existierende Partei Cyprians und die im November 1930 gegründete kommunistische Partei Islands auf. Der Beschluß des XI. Plenums des K. I. über die Aufnahme von neuen Sektionen in die K. I. muß noch vom VII. Weltkongreß der K. I. bekräftigt werden.

Das Plenum wählte ein Präsidium von 30 Mitgliedern und 12 Kandidaten und bestätigte den Finanzbericht des K. I.

Alle Beschlüsse auf dem Plenum wurden einstimmig angenommen.

Die Thesen, Resolutionen und Beschlüsse des XI. Plenums werden veröffentlicht.

Das Politsekretariat des K. I. Wir verweisen auf die Sondernummer 6 der „Inprekorr“, die neben den politischen Beschlüssen der Tagung des Exekutivkomitees der kommunistischen Internationale und mit dem Ergebnis der Wahlen zum Präsidium des K. I. erschienen ist.

Gämtliche KPD-Versammlungen in Ludwigshafen verboten

Wannheim. In Ludwigshafen wird in den letzten Tagen auf Grund der Notverordnungen jede Versammlung der revolutionären Arbeiterschaft verboten. Geschlossene Mitglieder-versammlungen der KPD und der proletarischen Massenorganisationen wurden überfallen und aufgelöst. Auf die Spitze trieb die Polizei ihren faschistischen Terrorfeldzug gegen die Arbeiterschaft durch das Verbot einer von den roten Betriebsräten der Aulfabrik einberufenen Belegkassenversammlung, in der Stellung genommen werden sollte zu der Entlassung von 600 Arbeitern.

Der Verrat an Katalonien

Von unserem nach Spanien entsandten Sonderberichterstatter
Barcelona, den 22. April 1931.

Eines der wichtigsten Ereignisse in Spanien seit der Ausrufung der Republik ist unbestreitbar das Kompromiß, das am 17. April zwischen der Zentralregierung und der Regierung Kataloniens in Bezug auf die verfassungsrechtliche Stellung Kataloniens geschlossen wurde.

Der Kampf des katalanischen Volkes um seine nationale Unabhängigkeit hat eine lange Geschichte. Seitdem die Katalanen von den katholischen Königen des 15. Jahrhunderts unterworfen wurden, haben sie unaufhörlich für ihre Freiheit, für ihre Sprache und für ihre nationalen Gebräuche gekämpft. Diese Forderungen haben eine solide wirtschaftliche Grundlage, da die wichtigste landwirtschaftliche und industrielle Produktion der gesamten iberischen Halbinsel in Katalonien konzentriert ist. Katalonien ist zugleich ein reiches Agrargebiet und ein Industriegebiet ersten Ranges. Barcelona, seine Vorstädte sowie die Städte des Küstengebietes sind von zahlreichen Textil-, Leder- und chemischen Werksstätten und Fabriken überzogen. Von dort her bezieht ganz Spanien die Produkte der modernen Industrie. Die Fabrikstadt Barcelona ist aber gleichzeitig auch der größte Hafen Spaniens mit einem Viertel des Gesamtumsatzes des ganzen Landes.

Nun aber wird Katalonien vom spanischen Imperialismus als eine regelrechte Kolonie behandelt und zahlt jährlich 800 Millionen Pesetas als indirekte Steuern. Seit langer Zeit haben die Katalanen gegen diesen lästigen Zwang protestiert. Die Regierung von Madrid antwortete ihnen durch Verschärfung der Knechtschaft. So hat Primo de Rivera den Gebrauch der katalanischen Sprache verboten, etwa 30 Zeitungen in Barcelona unterdrückt und hunderte Berufs- und Bildungseinrichtungen aufgelöst. Während der Diktatur wurden Hunderte im Gefängnisse von Montjuich entsetzlichen Folterungen ausgeführt.

Bekanntlich hat im Jahre 1926 Oberst Macia mit einer gewissen Anzahl Katalanen in Frankreich die Organisation eines Freiwilligenkorps vorbereitet, das die Grenze überschreiten und Katalonien befreien sollte. Die Verschwörung wurde aufgedeckt. Da die Unternehmung keinerlei Verbindung mit der gesamten Arbeiterbewegung hatte, war sie zum Mißerfolg verurteilt. Mit der wirtschaftlichen Entwicklung Spaniens sind in der katalanischen Bewegung mehrere Strömungen zutage getreten. Die Bourgeoisie von Barcelona, im besonderen die Textilindustriellen, sind einem Kompromiß mit der Zentralmacht zugeneigt. Es ist dies das Programm der Regionalistischen Liga Cambos. Neben dieser Strömung besteht eine rein separatistische Volksbewegung. Dieser Bewegung mußte Macia am 11. April nachgeben. Er rief daher die „Katalanische Republik“ aus und bildete eine besondere katalanische Regierung.

Diese „Katalanische Republik“ ist heute nicht mehr! Sie hat genau drei Tage bestanden.

Am Tage nach der Ausrufung der Republik war eine Delegation der kommunistischen Partei zur Regierung gegangen, um ihr die unmittelbaren Mindestforderungen der kommunistischen Partei vorzulegen: 1. Anerkennung der Legalität der A.P. 2. Diplomatische Anerkennung der Sowjetunion, die die einzige in der Welt die Frage der nationalen Minderheiten gelöst hat, durch die katalanische Republik. 3. Bewaffnung der Arbeiter.

Macia, der diese Delegation empfing, antwortete, daß er die Organisationsfreiheit für alle Parteien wieder herstellen werde; was aber die beiden anderen Forderungen betraf, gab er der Delegation der A.P. eine hinhaltende Antwort und eine unmittelbare Ablehnung. Er erklärte, daß die Anerkennung der Sowjetunion nicht in seine Kompetenz falle, sondern ausschließlich in die der Regierung von Madrid. Dadurch entlarvte sich Macia selbst. Er betraugte seine politische Unterwerfung unter den spanischen Imperialismus, und dies war um so bedenklicher, als der Außenminister Spaniens, Ferrer, Jahre lang in Katalonien die Rolle eines Lockspiegels im Solde Madrids gespielt hatte. Andererseits erklärte Macia, daß er sich der Bewaffnung des Proletariats entschieden widersetze; dies bedeutet, daß er die „Katalanische Republik“ dem Druck der Regierung Spaniens auf Gnade und Ungnade aussetzen wollte. Es muß hervorgehoben werden, daß Macia, der sich der Bewaffnung des Proletariats widersetzt, trotzdem er an die Macht gelangt ist, nicht versucht hat, die reaktionären Organisationen der „Somaten“ zu entwaffnen.

Wer diese Antworten Macias kannte, konnte nicht daran zweifeln, daß Macia beim ersten Stirnrunzeln der Regierung Madrids kapitulieren werde. Der spanische Imperialismus bleibt sich gleich, ob er nun monarchistisch oder republikanisch ist. Er beabsichtigt, Katalonien weiter zu bedrücken. Wenn er sich auch einem etwaigen Schacher mit der herrschenden Klasse Kataloniens nicht abgeneigt zeigt, so weigert er sich doch, diesem Gebiete die Unabhängigkeit zu gewähren, um die das katalanische Volk seit so vielen Jahren kämpft. Kaum war die „Katalanische Republik“ verkündet, als drei Minister der Zentralregierung, darunter der sozialdemokratische Justizminister Fernando de los Rios, in größter Hast in Barcelona eintrafen. Auf das kategorischste forderten sie von Macia, „zumindest für den Augenblick“ auf seinen Plan einer unabhängigen katalanischen Republik zu verzichten. Der sozialistische Justizminister schreckte nicht davor zurück, sehr deutliche Drohungen für den Fall anzustreuen, daß die katalanische Regierung nicht Folge leisten würde.

Nach einer Beratung, die etwa 8 Stunden dauerte, hatten die Vertreter Madrids das Spiel gewonnen. Macia kapituliert auf der ganzen Linie. Er stimmte zu, daß sich die Republik nicht mehr „Katalanische Republik“ nenne, sondern Regierung der Generalität Kataloniens, und daß die verfassungsrechtliche Stellung des katalanischen Staates zunächst von den Gemeinden ausgearbeitet und dann der Regierung vorgelegt werde, die den Entwurf ihrerseits dem Parlament Spaniens zur Billigung vorzulegen hätte. Durch ein ganz gleichartiges Verschleppungsverfahren hat übrigens im Jahre 1873 die erste spanische Republik einen Entwurf für einen unabhängigen katalanischen Staat begraben.

Ingeheim der allgemeinen Enttäuschung nach Bekanntwerden der Kapitulation bemühte sich Macia, den Eifer seiner Anhänger neu zu beleben, indem er von seinem Balkon herab eine Ansprache hielt, in der er sagte: „Ich habe heute einem Opfer (!) zugestimmt, aber es war notwendig, zu einem Abkommen zu gelangen. Ich hoffe (!), daß die Versprechungen, die uns gemacht wurden, gehalten werden. Sonst (!) werden wir für unsere Freiheit bis zum Tode kämpfen“. Aber er fand keinen Widerhall. Der Verrat Macias hat unter den arbeitenden Massen Kataloniens eine ungeheure Erbitterung geweckt. Die A.P. wird den Massen Kataloniens aufzeigen, daß nur der Kommunismus dem katalanischen Volke seine nationale und soziale Befreiung bringen kann. Gabriel Béri.

Nicht mit dem Rüstzeug der Barbaren...



SPD-Arbeiter: „Wir können doch auf die Argumente der Kommunisten nichts mehr erwidern.“
Wels: „Das besorgt schon die Polizei unseres Genossen Polizeipräsidenten. Die hält in jeder Versammlung das Schlußwort.“

Putsch Goebbels' gegen Hitler

Stennes enthüllt die Verschwörung des Berliner NSDAP.-Gauführers — „Ich werde aufstehen!“ — Vor Josefs Ende? — Verläßt die Partei der bestochenen Naziführer!

Berlin, 25. April (Eig. Bericht)

Was an der Spitze der neuesten Nummer des Stennes-Organs „Arbeiter Bauern Soldaten“ mitgeteilt wird, ist geeignet, die Krise innerhalb der Hitler-Partei aufs neue zu vertiefen und zu verschärfen. In Hand von Protokollen stellt der von Hitler ausgeschlossene oberste Standartenführer von Ostdeutschland fest, daß der Berliner Gauleiter,

Goebbels, am 3. März 1931 den Oberführer des Gausturms Berlin, dessen Adjutanten und sämtliche 5 Standartenführer von Berlin zu einer politischen Versprechung in seine Wohnung lud. Dort erklärte Goebbels: „Nicht aus München kommt die Freiheit! Die Befreiung Deutschlands müsse vielmehr von Norden her, von Berlin aus erfolgen. Man werde mit aller Wucht aufstehen,

und er, der Berliner Gauleiter, heiße genug Fingerspitzengefühl, um den richtigen Moment zu erfassen. Goebbels machte dabei eine bedeutende Anspielung auf den Auszug der Nazis aus dem Parlament, von dem er sagte, daß er, Goebbels, allein ihn voranläßt hätte, ohne jemanden danach zu fragen, also auch Hitler nicht. Im übrigen ließ Herr Goebbels eine Fremdrede gegen die Reichsführung der Schutzstaffeln los.

★

Daß es zwischen Hitler und Goebbels Differenzen gibt, war bekannt. Aber hier ist der Beweis — das Protokoll der Versprechungen ist unmittelbar nach dieser ausgesprochen worden — dafür, daß Goebbels die Beseitigung Hitlers von der Führung der Partei mit dem Ziel erstrebte,

sich selbst durch die Verlegung der Reichsleitung nach Berlin mit aller Machtvollkommenheit auszustatten. Er bereitete den Putsch vor.

und machte die Stennesaktion nur darum nicht mit, weil sie ihm noch nicht die nötige Garantie für seinen Sieg zu geben schien.

Nach dieser Enthüllung der Goebbelschen Verschwörung (übrigens will Stennes noch weiteres Material veröffentlichen) wird man wohl weitere entscheidende Maßnahmen gegen Goebbels seitens der Hitlerschen Parteileitung erwarten dürfen, die je seit Wochen bereits systematisch Goebbels in den Hintergrund drängt.

Was die Arbeiter und proletarisierten Mittelständler sowie die kleinen Bauern vor allen Dingen in der NSDAP. daran interessiert ist, die Tatsache, daß die Haltenkreuzführer grundsätzliche, von keinem anderen Trieb als maßlosem Ehrgeiz, Ruhmsucht, eigener Bereicherung besessene Kapitalgardisten sind. Darum raus aus dieser Partei und her zur roten Front!

Spaltung der Hamburger Nazis

Hamburg, 25. April. Ein Fünftel aller Hamburger NSDAP.-Mitglieder haben der Parteiführung den Rücken gekehrt und wollen bereits in der nächsten Zeit öffentlich gegen Hitler auftreten. Bei den Auseinandersetzungen spielen vor allem die Korruptionssfälle der Parteiführung eine Rolle. So ist der bisherige Sekretär der Hamburger Nazis, Hüttmann, wegen großer Unregelmäßigkeiten gleich bis nach Oberschlesien geflogen. Und auch gegen den Hamburger Gauleiter und Reichstagsabgeordneten Kaufmann sind die schwersten Vorwürfe erhoben. Die NSDAP.-Zeitung hält den schwerwiegenden und ihr peinlichen Konflikt noch geheim.

Neue Manöver der Gutemänner

Der BAW. „fordert“ Erhöhung der Löhne

Essen, 25. April. Die Bürokraten des BAW. haben bei den letzten Verhandlungen mit den Fachenherren, die schließlich aufgefliegen sind, „beantragt“, für Untertagearbeiter die 6 1/2stündige und für Ubertagearbeiter die siebenstündige Arbeitszeit einzuführen, ohne allerdings einen vollen Lohnausgleich zu verlangen. Um den Arbeitern Sand in die Augen zu streuen, „fordern“ sie noch Erhöhung des Urlaubs und Erhöhung des Mindestlohns der Bedingearbeiter um 15 Prozent.

Mit diesem Schwindel werden die Reformisten nicht weit kommen. Die Arbeiter haben nicht vergessen, daß die Bürokratie im letzten Lohnkonflikt von sich aus vier Prozent Lohnraub vorschlug (!) und täglich in freier Vereinbarung einen Lohnraub nach dem anderen abschließt. Die Bergarbeiter werden auf der Hut sein und trotz reformistischer Bürokratie ihren Kampf organisieren.

Poleneinfall in Danzig

„Im Augenblick nicht“

U. W. Berlin, 25. April. Das regierungsfreundliche Blatt „Dzien Dobry“ erklärt zu der Nachricht der Moskauer „Iswestnik“, wonach der polnische Staatsvertreter in Danzig,

Strasburger, den Völkerbundskommissar Gravina ersucht habe, polnische Truppen zum Schutze der polnischen Bürger in Danzig anzufordern, folgendes: „Diese Information entspricht im Augenblick nicht der Wahrheit; das bedeutet jedoch nicht, daß Polen auf die natürliche Pflicht des Schutzes seiner Staatsangehörigen verzichtet hat, namentlich dann, wenn die Ausschreitungen der deutschen Nationalisten in Danzig auch weiterhin das Leben und das Gut seiner Bürger bedrohen“

5,83 Millionen Eintragungen hat nach Angaben des Stahlhelms das Volksbegehren erreicht. Da nur noch einzelne Meldungen ausstehen, dürften kaum sechs Millionen sich für das faschistische Volksbegehren ausgesprochen haben.

Herr Gontard hat nichts zu fürchten. Wie die Berlin-Karlshöher Industriewerte A.-G. mitteilen, deren Direktor der berüchtigte Millionär Gontard ist, der Sullerjahr wegen angeblicher Spionage ins Zuchthaus gebracht hat, ist es unrichtig, daß gegen die Firma ein Verfahren wegen verbotener Waffengeschäfte eingeleitet worden ist.

Dürfen Kommunisten Kommunalbeamte sein? Am Montag wird der Staatsgerichtshof in einer Klage der Nazis gegen die bekannte Verfügung der preußischen Regierung, wonach Kommunisten und Nazis keine Kommunalbeamte sein dürfen, das Urteil fällen. Wir sind jetzt schon überzeugt, daß der Staatsgerichtshof dieses Ausnahmengesetz gegen Kommunisten aufrecht erhalten wird. Aber ob dasselbe auch für die Hitlerleute gilt, das dürfte am Montag die interessante Entscheidung sein.

Alarm!

Alarm!

Ein neuer Anschlag gegen die Werktätigen!

Die Breslauer Handels- und Industriekammer fordert neuen Lohnabbau für die städtischen Arbeiter und Kürzung der Altersrente

Nun hat auch die Handels- und Industriekammer Breslau durch ein Memorandum in Form von weiteren „Spar“-Vorschlägen zum Hungeretat der Stadt Stellung genommen...

schen, bei denen jedes Gefühl von Menschlichkeit, sofern sie jemals über solches verfügten, vor die Hunde gegangen ist.

Abbau der städtischen Arbeiterlöhne

Über die Geldläge der Industrie- und Handelskammer begnügen sich auch damit noch nicht. Sie gehen aufs Ganze.

Einige Prominente der Handelskammer

Sie sind der Ansicht, die Werktätigen hungern noch zu wenig

- Dr. jur. u. Dr. ing. h. c. Bernhard Grund, Konsul und Stadtrat a. D., Präsident der Kammer, Artur Deter, Fabrikbesitzer, Vizepräsident, S. Mendelsohn, Kaufmann, Max Delenbach, Direktor, Dr. Grüttner, Kaufmann, Alfred Hamburger, Kaufmann, Heinrich Leuterbach, Fabrikbesitzer, Artur Röhrich, Generaldirektor, Max Schlesinger, Kaufmann, Dr. Schwarz, Kaufmann und Konsul, Adolf Becker, Bankdirektor, von Eichborn, Bankier, Dr. Eduard Haase, Generaldirektor, Otto Desterlen, Generaldirektor, Otto Schäffer, Fabrikbesitzer, Heinrich v. Schweinichen, Direktor, Rudolf Weigert, Direktor.

Wie das Raubtier die Schafe frisst, so fressen die Reichen die Armen.

Diese Bibelworte auf die Breslauer Handelskammer angewandt, bedeutet demnach, daß die Vertretung der Raubtiere weitere Hungeropfer verlangt.

Dieses Hinanschreien muß alle Werktätigen aufrütteln und aufpeitschen zum Kampfe, muß sie einreihen in die Front derjenigen, die nicht hungern oder verhungern, sondern leben, und zwar menschenwürdig leben wollen.

Und nun wollen wir uns die wichtigsten Forderungen jener Korona nach mehr Hunger etwas näher ansehen:

Zunächst verlangen also die Geldläge, daß Staat und Reich in erheblichem Umfange zur Tragung der Wohlfaßlasten herangezogen werden sollen.

als die verkappte Forderung an den Magistrat, die Wohlfahrtsfürsorge, die bekanntlich gerade zur Belandierung des diesjährigen Etats in der empörendsten Weise abgebaut worden ist, noch weiter abgebaut werden soll.

Dann verlangen die Vertreter von „Bildung“ und Besitz, daß die Ausgaben für Berufsschulen herabgesetzt werden sollen.

100 Prozent Anrechnung der Invalidenrenten für städt. Ruhegehaltsempfänger

Zu den ungeheuerlichsten und empörendsten Maßnahmen des Breslauer Magistrats neben der schamlosen Kürzung der Wohlfahrtsunterstützung gehört der Anschlag auf die Renten der städtischen Angestellten und deren Hinterbliebenen.

daß den städtischen Angestellten und deren Hinterbliebenen nicht 50 Prozent, sondern 100 Prozent der Invaliden- und sonstigen Renten auf ihre bescheidenen Ruhegehälter in Anrechnung gebracht werden.

Die schamlose Brutalität, die sich in diesem Anschlag kund tut, ist so ungeheuerlich, daß man sie nur begreifen kann, wenn man sich an das erinnert, was wir über die Reichen aus der Bibel zitiert haben.

sol. Aber was tut's. Die Breslauer Geldläge sind jedenfalls bereit, dafür zu sorgen, daß jene „Beratungsstelle“ sich nicht wird über mangelnde Finanzprognose zu beklagen haben, und so können sie denn ihre „Spar“-Vorschläge zum Hungeretat mit der Forderung des weiteren Abbaus der Löhne für die städtischen Arbeiter.

„Zum Schluß verweist die Kammer auf die Tatsache, daß heute noch in weiterem Umfange die von der Stadt gezahlten Löhne erheblich über die in der Privatindustrie für die entsprechenden Arbeitnehmerkategorien gezahlten Löhne hinausgehen.“

Noch ist die Empörung innerhalb der städtischen Arbeiter über den letzten Lohnraub nicht abgeebbt. Vor acht Tagen Brotpreis-erhöhung. Der Magistrat lüdet in seinem Etat 200 Prozent Erhöhung der Bürgersteuer an.

Heraus zum Roten Massenordnerdienst am 1. Mai!

- Weldet euch in folgenden Lokalen: Zentrum: Oberstraße 23, 1. Treppe. West: „Anglerheim“, Leuthenstraße. Ost: Joublid, Königgrüher Straße. Süd: Kampfbüro, Freiheitsgasse 2 (10-13, 15-19). Nordost: Lokal Risch, Girsch, Ecke Bodstraße (15-19 Uhr). Nord: Lokal Jülg, Enderstraße 1 (15-19 Uhr).

Der beabsichtigte Buchdrucker-Lohnraub abgewehrt

Der von den Buchdrucker-Firmen Förster und Brecher & Muth beabsichtigte Abbau der Leistungszulagen ist mißlungen. Die Firmen mußten ihren Plan aufgeben.

Heute abend im Gewerkschaftshaus Mitgliederversammlung.

Todessturz aus dem Fenster

Am Freitagmittag, gegen 13,45 Uhr, ist das anderthalb Jahre alte Kind Herbert F. aus dem Fenster der elterlichen Wohnung in der Schönborner Straße herabgestürzt, wodurch es einen Schädel-

Millionen-Defizit in der Breslauer Stadtkasse decken könnten, ohne daß sie dabei auch nur eine Flasche Sekt weniger trinken brauchen, diese Korona kommt nicht angesichts dieser Not und fordert Abbau der Gehälter für die hohen und höchsten Beamten.

„Wir wollen aus unserer Tasche die Ausgaben für Theater, Kunst usw. tragen; weit ja der größte Teil der Breslauer Bevölkerung auf alles dieses verzichten muß.“

Herabsetzung der Wohlfahrtsunterstützung, Kürzung der fargen Renten und Abbau der Löhne. Das ist die Lösung zum „Sparen“.

Ist es ihnen gelungen, den weiteren Abbau der Löhne bei der Stadt durchzusetzen, dann wird selbstverständlich auch eine neue Lohnabbauoffensive in der Industrie und im Handel einsehen.

Die Vernichtung des Mittelstandes

Über diese „Spar“-Vorschläge sind nicht bloß ein Anschlag gegen die Arbeiterklasse. Sie treffen in ungemeinbreiter Weise auch fern Kreise im Handel, die in der Kammer ihre Vertretung suchen.

Am 1. Januar 1930 waren unter den Wohlfahrtsempfängern bereits 930 ehemalige selbständige Gewerbetreibende. Diese Zahl stieg bis zum 8. April d. J. auf 3438. Sie hat sich also fast vervierfacht.

Das ist eine Zahl, die in ganz Deutschland einzig dastehen dürfte. Sie signalisiert den vollständigen Bankrott des Mittelstandes.

Sie werden dieses Jahr genau so wie in vergangenen Jahren die Väter der Schweiz und Italiens bevölkern, werden in den Spielhöllen von Nizza und Monte-Carlo die Gelber verpielen wie 1930...

Schluß damit, sagen wir!

Wir aber sagen den Werktätigen: Macht Schluß mit diesem Zertrampeln durch den Geldsack. Das, was die Prominenz der Breslauer Handelskammer will, ist das Programm der herrschenden Klasse.

Sorgen wir dafür, daß dieser 1. Mai ein Kampftag im wahrsten Sinne des Wortes wird. Ein Aufstakt für die Entfesselung des Massenkampfes zur Beseitigung des Hungerregimes, für Freiheit und Brot.

bruch davontrug. Das Kind ist noch am gleichen Tage im israelitischen Krankenhaus an den Folgen der Verletzung gestorben. Ein fremdes Verschulden liegt nicht vor.

Glänzend verlaufene NS-Verammlung

Die für Freitag abend in den „Schlewerder“ einberufene Verammlung der „Roten Hilfe“ war sehr gut besucht. Mehr als 1500 Werktätige füllten den großen Saal.

Verantwortlich für die 1. und 2. Hauptseite, Rechts- und Lokales: Oskar Dolans, Breslau. Für die übrigen Seiten: Karl Bräuner, Berlin. Für Inserate: Karl Gansdorf, Breslau. — Verlag und Druck: Schlesische Verlagsanstalt.

Rund um den Erdball

1900 Kilo Rauschgift an Bord eines Hapagdampfers

Morphium! Heroin! Opium!

17 Kisten „Wollwaren“ von der New Yorker Polizei erbrochen

Nach einer Meldung aus New York wurde am Mittwoch auf dem Dampfer „Milwaukee“, der gerade in New York angekommen war, von der Polizei plötzlich eine gründliche Durchsuchung vorgenommen, wobei man 17 Kisten mit Opiumbändern und Stahlgeräten versehene Kisten beschlagnahmte. Die Papiere dieser Kisten waren als „Wollwaren“ ausgezeichnet. Als sie jedoch geöffnet wurden, fand man in ihnen etwa 1428 Kilo Morphin, 238 Kilo Heroin und etwa 300 Kilo Opium. Der Gesamtwert des beschlagnahmten Rauschgiftes beziffert sich nach Urteilen von Sachleuten auf rund 5 Millionen Dollar.

Hamburg auf diese gefährliche Fracht aufmerksam gemacht worden. Da man einen Ueberfall der New Yorker Rauschgiftbänder besorgte, wurden die Kisten mit Maschinengewehr-Sicherung und einem Panzerwagen abtransportiert. Bezeichnend für den ungeheuren Grad der Korruption im „Mutterlande des Kapitalismus“ ist ferner die Tatsache, daß die Polizei, obwohl sie die Empfänger kennt, bisher noch nicht gewagt hat, auch nur eine Verhaftung vorzunehmen. Dasselbe Polizei also, die, wenn es sich um Klassenbewußte Arbeiter handelt, so brutal sein kann, wie jede andere kapitalistische Ordnungsgarde, scheint hier wieder einmal abwarten zu wollen, bis die betreffenden Rauschgiftbänder ihre Spuren vermischt haben.

Der Maikampftag in Japan



Aus der Mainnummer der „AIZ“

Schnelle Aufklärung einer geheimnisvollen Mordtat

Eine Frau unter Kissen ersticht

Arbeitslosigkeit trieb sie in die Arme der Prostitution

Der Pariser Polizei gelang es jetzt, eine Mordtat aufzuklären, die sich vor einigen Tagen in einem Hotel in der Rue des Traverses ereignet hat. Dort war in einem Zimmer die Leiche einer etwa 20jährigen Frau aufgefunden, die feinerlei äußere Verletzungen aufwies. Der Körper lag auf dem Bett. Das Gesicht war mit zwei Kissen bedeckt. Allem Anschein nach war der Tod durch Ersticken eingetreten.

Weiter ergab die Untersuchung, daß die Ermordete vorher offenbar mit Alkohol berauscht worden war oder erhebliche Mengen von Rauschgiften oder Schlafmitteln zu sich genommen hat. Der Erstichtungsstich hatte sie bereits im Zustand der Bewußtlosigkeit angetroffen. Der Mann, mit dem die Frau seit längerer Zeit einmal in jeder Woche das Hotel besuchte, war spurlos verschwunden.

Ueberraschend schnell gelang es jedoch, diese geheimnisvolle Mordtat aufzuklären. Die Tote wurde als die 21jährige Frau eines Mechanikers festgestellt, die, durch Arbeitslosigkeit ihres Mannes gezwungen, versuchte, den Lebensunterhalt durch Prostitution zu verdienen. Der Mörder konnte als

einer der Freunde der Frau festgestellt werden, und zwar handelte es sich um einen 50jährigen Getreidemakler, der durch Spekulationen sein Vermögen verloren hatte. Er hat anscheinend den Entschluß gefaßt, zuerst seine Freundin, dann seine 15jährige Frau zu töten und dann Selbstmord zu verüben. Gewisse Spuren lassen aber darauf schließen, daß er mit seiner Frau nach Belgien geflüchtet ist.

Im Auto ermordet aufgefunden

Selbstmord oder Verbrechen?

Nach einer Meldung aus Glogau wurde am Freitag nachmittag an einem Feldweg zwischen den Dörfern Gutsendorf und Schloß ein Auto aufgefunden, in dem die Leiche eines Mannes lag.

Die sofort alarmierte Mordkommission stellte in dem Toten den Geschäftsführer Herbert Walter aus Dels fest. Die ärztliche Untersuchung wies einen Schlaganfall und einen Herzschlag auf. Eine Schusswunde wurde jedoch nicht gefunden. Im Wagen selbst fand man außer 3 Patronenhülsen auch einen alten Mantel, der nicht dem Toten gehörte. Da man weder Brieftasche noch Geldbörse auffand, vermutet man, daß hier ein Verbrechen vorliegt.

Schweres Unwetter über Frankreich

Seit 24 Stunden wütet an der bretonischen Küste ein fürchterliches Unwetter, das allen Fischerbooten die Ausfahrt unmöglich macht. In der Nähe von Dijon schlug der Blitz in eine Schule, die durch Brand eingeeichert wurde.

Sagt's weiter...!

Wirt: „Warum lassen Sie sich denn in der letzten Zeit überhaupt nicht mehr bei mir sehen? Sie tranken doch früher so oft 'n Bier bei mir?“

Arbeiter: „Das will ich Ihnen genau sagen. Ich geh jetzt immer schräg gegenüber.“

Wirt (sichtlich eingeschnappt): „Is 'n da das Bier besser oder billiger?“

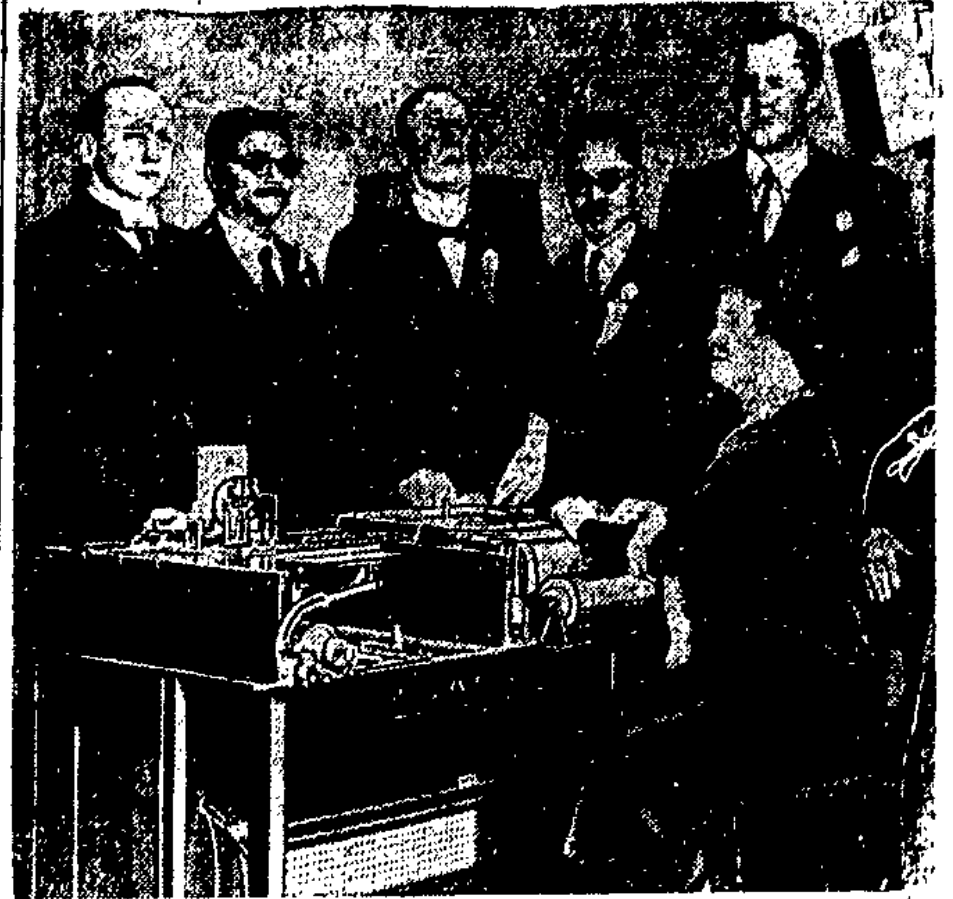
Arbeiter: „Nee, das grad nicht, aber ich bin 'n Prolet, müssen Se wissen, und meine Zeitung ist die kommunistische. Die seh ich hier nirgends. Aber drüben, da hängt se aus.“

Wirt: „Aber ich denke, Sie sind darauf abonniert?“

Arbeiter: „Ich ja. Aber wenn man mal 'n andern Gast wat zeigen will...?“

Da kratzt sich der Wirt nachdenklich die Glatze. „Na ja, wenns so is, dadrum wollen wir uns doch nicht verzanken. Bringen Se mir mal bei Gelegenheit so'n Bestellschein mit...!“

Eine neue Erfindung für die Blinden



Auf dem Internationalen Blindenkongreß in New York wurde zum ersten Male ein von Robert E. Naumburg erfundener Apparat vorgeführt, der es dem Blinden ermöglicht, gewöhnliche Druckschrift durch Tastung mit dem Finger zu lesen. Die bekannte blinde und taubstumme amerikanische Schriftstellerin Helen Keller hat auf dem Kongreß die ersten Leseversuche mit dem Apparat gemacht.

Zugunglück in Dortmund

Ein Bahnbeamter getötet — einer schwer verletzt

In der Nacht zum Sonnabend fuhr in Dortmund eine Rangierlokomotive einem einfahrenden Güterzug in die Klauke. Ein Zugschaffner wurde auf der Stelle getötet, ein zweiter Bahnbeamter schwer verletzt. Die Lokomotive und 11 Wagen entgleisten und sind zum Teil umgekehrt.

45 neue Sowjetender

Das ist Kulturholtschewismus

Nach einer Meldung aus Moskau soll bis zum Jahre 1932 der Bau von 45 Sendern durchgeführt werden, von denen 32 bereits in diesem Jahre die Tätigkeit aufnehmen sollen.

Nach diesem grandiosen Kulturplan sollen 22 Sender mit 100 Kilowatt arbeiten. Augenblicklich schätzt man in Sowjetrußland die Zahl der Empfangsapparate auf 2764 000, die in diesem Jahre um 1800 000 ergänzt werden sollen. Der „Klub der Rundfunkfreunde“, der erst kürzlich gegründet wurde, kann befehlen, daß er bereits 300 000 eingeregnete Mitglieder hat.

Ein hoffnungsvoller Sprößling

In Wilmington, in dem amerikanischen Staate Nord-Carolina, bekam ein 14jähriger Schuljunge die Masern. Als er nun im Krankenbett lag, kam ihm ein „Kapitler“

Unentbehrlich im Kampf

gegen die faschisierte Klassenjustiz und die Terrorwelle, die in den nächsten Tagen erscheinende

Mainnummer des „Tribunal“

Aus dem Inhalt:

Rote Hilfe — Solidaritätsaufgebot marschiert — Zerbrechen der Ketten — Massenmobilisation gegen Belagerungszustand — Die Rote Hilfe in breiter Front vorwärts, von Klara Zetkin — Der 1. Mai im Lande der befreiten Arbeit — Wilhelm Pieck — Georg Ledebour für die Rote Hilfe — Maigrüße der Eingekerkerten — Scheringer gegen den Faschisten-Terror.

Gedanke. Er beschloß nämlich, aus seiner Krankheit Profit zu schlagen. Er schrieb daher an acht seiner Mitkäufer, wenn sie auch die Masern haben wollten, könnten sie ihn besuchen kommen. Der Spaß sollte aber 50 Cents kosten. Tatsächlich besuchten ihn acht, um ebenfalls prompt die Masern zu bekommen.

Den Bruder beim Spiel erschossen

Der 14jährige Sohn eines Obermeisters aus Jägerndorf im Kreise Briege erschloß beim Spiel mit einem Revolver seinen 11jährigen Bruder. Der Schuß traf mitten ins Herz, so daß der Tod sofort eintrat. Der Täter wurde, nachdem man tagelang überall gesucht hatte, schließlich auf dem Kirchhof entdeckt, wohin er sich in seiner Angst geflüchtet hatte.

Schweres Flugunglück über Madrid

Ueber dem Militärflugplatz von Madrid ist am Sonnabend aus 500 Meter Höhe ein Militärflugzeug abgestürzt, das zu einem kurzen Übungsflug aufgestiegen war. Die beiden Insassen wurden getötet und ein zu Hilfe herbeigeeilter Soldat schwerverletzt.

Erdbeben bei Los Angeles

In Red City bei Los Angeles, wurde am Freitag ein Erdbeben verspürt, das über 5 Sekunden andauerte. Unter der Bevölkerung entstand eine große Panik, da an zahlreichen Hauswänden große Risse sichtbar wurden, viele Fensterscheiben platzten und in den Wohnräumen alles erschütterte wurde.

Vulkan Stromboli wieder in Tätigkeit



Der Vulkan Stromboli, auf einer der Inseln vor der Nordküste Siziliens, hat nach einem längeren unterirdischen Donnerrollen wieder Lava ausgeworfen und die Umgebung mit einem Aschenregen bedeckt. Die Bevölkerung mußte flüchten. Der letzte Ausbruch dieses Vulkans war im September 1929.

Bedeutung der Eisenbahn Betriebsrätewahlen

Von Roman Chwalek

Nach einem für die Eisenbahner sehr bedeutungsvollem Jahr finden am 9. und 10. Mai die Betriebsrätewahlen im ganzen Reichsbahnbetrieb statt. Das letzte Jahr war für die Eisenbahner wie für die übrige Arbeiterschaft ein ereignisvolles bewegtes Jahr.

Angesichts der bevorstehenden Betriebsrätewahlen ist es notwendig, kurzen Rückblick und Ausblick zu halten. Im vorigen Jahr wurde die Betriebsrätewahl von der Gewerkschaftsbürokratie aller Richtungen mit lieben Versprechungen für die Eisenbahner durchgeführt. Die letzten Arbeiten des aufgelösten Reichstages waren die Verabschiedung der Young-Plan- und damit die Annahme des Reichsbahngesetzes. Alle bis zu der letzten Betriebsrätewahl durchgeführten Maßnahmen gegen die Eisenbahner rechtfertigte die Gewerkschaftsbürokratie mit dem für die Eisenbahner sehr nachteiligen Eisenbahngesetz auf Grund des Dawesplans aus dem Jahre 1924. Die Verabschiedung des Youngplans und damit des neuen Eisenbahngesetzes sollte — so versprach es die Gewerkschaftsbürokratie — bessere Zustände für die Eisenbahner bringen. Der Reichstag wurde aufgelöst und sowohl die SPD, wie die Gewerkschaftsbürokratie trieben eine Scheinopposition gegen die Maßnahmen der Brüningregierung. Die vom Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft angekündigten Scharfmacherforderungen wurden von der Gewerkschaftsbürokratie mit sehr radikal klingenden Reden „bekämpft“. Mit diesen Mitteln gelang es der Gewerkschaftsbürokratie, die Eisenbahner noch einmal zu belügen und betrügen.

Der diesjährige Betriebsrätewahlkampf findet in einer anderen Situation statt. Noch nie haben die Eisenbahner die verätherische Rolle der Gewerkschaftsbürokratie so klar erkennen können wie heute. Das Elend der Kollegen ist unbeschreiblich. Der Reichsverkehrsminister Guertel mußte selbst in der Sitzung des Hauptauschusses des Reichstages vom 23. Januar 1931 zugeben, daß alle den Youngplan sowie das neue Eisenbahngesetz befürwortenden Parteien den Eisenbahnern zu große Illusionen gemacht hätten, und daß die Reichsbahn durch dieses Gesetz keine Entlastung, sondern eine weitere Belastung erfahren habe. Die Eisenbahner müssen diese erhöhten Lasten tragen. Die Unterstützung der Brüningregierung durch die SPD, und die Gewerkschaftsbürokratie hat das Elend der Eisenbahner verschärft. Es gibt keinen einzigen Eisenbahner mehr, der nicht davon überzeugt ist, daß die Brüningregierung mit all ihren Hungermaßnahmen nur mit der Unterstützung der SPD, und der Gewerkschaftsbürokratie bestehen kann. Noch offensichtlicher ist die Gewerkschaftsbürokratie durch ihre Unterstützung der Scharfmacherforderungen des Verwaltungsrates der Deutschen Reichsbahn entlarvt worden. Gerade während des Wahlkampfes des vorigen Jahres sind die scharfmacherischen Forderungen des Verwaltungsrates bekanntgeworden. Die Eisenbahner mußten dann zusehen, wie all die Forderungen durch die offizielle Unterstützung der Gewerkschaftsbürokratie durchgeführt wurden. Der Verwaltungsrat forderte Lohn- und Gehaltsabbau und die Senkung der sozialen Ausgaben, sowie eine fühlbare Personalreduzierung. Das Gehalt der Eisenbahnbeamten wurde durch eine Notverordnung, deren Aufhebung die sozialdemokratische Reichstagsfraktion und mit ihr Scheffler, der Vorsitzende des Einheitsverbandes, ablehnte, durchgeführt. Der Lohn der Eisenbahnarbeiter wurde durch die Einlegung von Feiertagen, und zwar je eine in der Woche, und die Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich bis zu 21 % reduziert. Um weitere 6% ist der Lohn ab 1. April durch den Schiedsspruch, den die Gewerkschaftsbürokratie einfach hin nahm und als das „kleinere Übel“ bezeichnete, gekürzt worden. Nach dem durchgeführten Lohnabbau vereinbarte die Gewerkschaftsbürokratie erneute Feiertage für die gesamten Reichsbahnarbeiter.

Die geforderte Reduzierung des Personals ist ebenfalls durchgeführt worden, und zwar sind im Jahre 1930 rund 90 000 Eisenbahner ans Straßenpflaster geworfen worden. Die kapitalistische Rationalisierung ist mit vollster Unterstützung der Gewerkschaftsbürokratie und der reformistischen und christlichen Betriebsräte, was selbst die Reichsbahn in ihrem Geschäftsbericht lobend hervorhebt, durchgeführt worden. Das Ergebnis dieser Rationalisierung ist die Schließung von 12 Werkstätten, die Auflösung von annähernd 200 Bahnhofsanlagen im Reichsbahngebiet, wie die Auflösung einer beträchtlichen Anzahl von Rangierbahnhöfen.

All das hat den Eisenbahnern zum Bewußtsein gebracht, daß sie kämpfen müssen. Die RGO-Bewegung ist in starkem Anwachsen. Mit einem ganz besonderen Interesse haben die Eisenbahner an dem Auf- und Ausbau einer revolutionären Gewerkschaftsbewegung in Deutschland teilgenommen. Sie entsandten zum 5. RGO-Kongress einen Delegierten und nahmen in besonderen Reichs- wie Bezirkskonferenzen zu den Beschlüssen dieses für die deutsche Arbeiterschaft historischen Kongresses Stellung und billigten diese vollinhaltlich. In Ausführung dieser Beschlüsse bauten sie die RGO im Reichsbahnbetrieb aus, schufen ein bei den Eisenbahnern sehr beliebtes Kampforgan, den „Vollampf“. Der ungeheure Erfolg der RGO kam auf der von über 250 Delegierten besuchten Reichskonferenz im Februar d. J. zum Ausdruck. Bereits in zwei Bezirken, in Oberschlesien und im Saargebiet wurde ein Roter Eisenbahner-Verband gegründet. Die RGO war in diesem Jahre bereits in der Lage, eine größere Bewegung zu entfachen. Der von ihr organisierte Widerstand gegen die Einführung der Feiertage dürfte allen Eisenbahnern noch in Erinnerung sein. Bei dem im Monat März durchgeführten Lohnabbau hat die Eisenbahnverwaltung die Kraft der RGO bereits zu spüren bekommen. Zum erstenmal hat eine starke Diskussion unter den Eisenbahnern über die Frage der Auflösung des Streiks eingesetzt. Es kam bereits zur Bildung von vorbereitenden Kampfausschüssen.

Wenn es noch nicht zur Auslösung eines Kampfes gekommen ist, so liegt dieses noch an Mängeln, die im Laufe der kommenden Diskussionen und Bewegungen überwunden werden.

Die Eisenbahnverwaltung und die Gewerkschaftsbürokratie sehen die heranrückende Gefahr und die Kraft der Eisenbahner unter der Führung der RGO. Das beweisen ganz deutlich ihre letzten Maßnahmen gegen die roten Betriebsräte in Oberschlesien. Aber der Vormarsch der RGO, unter den Eisenbahnern können sie damit nicht aufhalten. Im Gegenteil! Diese Maßnahmen der Verwaltung gegen die RGO, zeigen allen Eisenbahnern viel deutlicher als Versammlungsreden und Flugblätter, daß nur die RGO willens und in der Lage ist, die Eisenbahner gegen die Maßnahmen der Verwaltung in den Kampf zu führen. Der Betriebsrätewahlkampf muß in verstärktem Maße für den Auf- und Ausbau der RGO im Reichsbahnbetrieb ausgenutzt werden. Es geht hier nicht nur um die Eroberung der für den Kampf

Eisenbahner, jetzt Volldampf für

Die rote Hauptbetriebsratsliste in Dorpmüllers Reich

Am 9. und 10. Mai wählt jeder Eisenbahner diese Liste!

Nachfolgend veröffentlichen wir die ersten 23 Kandidaten auf der von der RGO. eingereichten Vorschlagsliste zum Hauptbetriebsrat bei der Deutschen Reichsbahngesellschaft. Die Liste enthält 96 Kandidaten.

Kennwort: Revolutionäre Gewerkschaftsopposition der Eisenbahner.

Vorschlagsliste

Als Betriebsratsmitglieder für den Hauptbetriebsrat bei der Deutschen Reichsbahngesellschaft werden vorgeschlagen:

1. Stiegel, Bruno, Klempner, Werkstatt Dresden.
2. Jendrosch, Friedrich, Güterbodenarbeiter, Betrieb Hindenburg O.-S.
3. Fischer, Fritz, Schlosser, Werkstatt Königsberg i. Pr.

4. Lucas, Kurt, Betriebsarbeiter, Betrieb Berlin-Weißensee.
5. Chwalek, Roman, Schlosser, Werkstatt Oppeln.
6. Stüpp, Anton, Bahnunterhaltungsarbeiter, Betrieb Duisburg.
7. Frisch, Nikolaus, Schlosser, Betrieb Köln-Langerich.
8. Finsterer, Alfons, Schlosser, Betrieb München.
9. Pfeiffer, Johann, Arbeiter, Werkstatt Frankfurt a. M.
10. Hey, Hugo, Lackierer, Werkstatt Gotha.
11. Hollaender, Jonny, Güterbodenarbeiter, Betrieb Hamburg.
12. Schmitz, Karl, Bau, Betrieb Solingen.
13. Koltermann, Albert, Werkhelfer, Werkstatt Stargard.
14. Gnatowski, Anton, Bau, Betrieb Ailonstein.
15. Záh, Ernst, Rangierarbeiter, Betrieb Basel.
16. Becker, Wilhelm, Magazinarbeiter, Werkstatt Stettin.
17. Daniel, Adolf, Vorputzer, Betrieb Breslau.
18. Truzenberger, Eugen, Kesselschmied, Werkstatt Eßlingen.
19. Berger, Otto, Schlosser, Werkstatt Halle.
20. Hermann, Arthur, Schlosser, Betrieb Lladenthal.
21. Piontek, Johann, Schmied, Werkstatt Oppeln.
22. Steinwedel, Alfred, Aushilfsschaffner, Betrieb Gielwitz.
23. Breika, Stanislaus, Vorzimmerer, Werkstatt Schneidemühl.

Die RGO. und die roten Betriebsräte rufen auf:

Gegen das Gedingemordsystem und die Stoppuhren

Von einem Eisenbahner des RAW. Berlin-Tempelhof

Es darf für die Eisenbahner nicht gleichgültig sein, was für Vertreter in den Betriebsratkörperlichkeiten der Reichsbahn sitzen. Die Werkstätten, die Betriebsdienststellen der Eisenbahn sind mit das beste Aufschauungsbeispiel, wie mit allen Mitteln rationalisiert, gespart, wie alle Mittel angewandt werden, um das letzte aus der Belegschaft herauszuholen.

Einmal gibt es bei den Eisenbahnern das Gedingemessen, d. h. Akkordlöhne in Zeit ausgedrückt. Es wird also für ein Stück Arbeit der Preis in Stunden oder Minuten verbucht. Das bedingt an und für sich schon, daß der Arbeiter nun versucht, schneller zu arbeiten, um sogenannte Gedinge-überstunden zu haben.

Dieses Gedingemessen wurde mit Zustimmung der Gewerkschaften eingeführt. Weiter hat man seit 1924 das Gedingemessen noch mehr ausgebaut durch die Vereinbarung zwischen Verwaltung und Gewerkschaften über Zeitaufnahmen mittels Stoppuhr. Das ist mit das raffinierteste, was es auf diesem Gebiet gibt.

Schon die Tatsache, daß ein Dr. Ing. dieses besondere Despotat bei der Reichsbahn-Direktion Berlin leitet, welches gleichzeitig für ganz Deutschland diese Arbeiten erledigt, beweist, daß die Reichsbahn sich bewußt ist, daß man hier allerhand herausholt

und auch herausgeholt hat. Das wichtigste bei dieser Vereinnahmung ist die Bestimmung über Mitwirkung der Betriebsräte bei den Stoppuhr-Aufnahmen.

Ja, die Verwaltung legt den größten Wert auf die Mitwirkung der Betriebsräte bei den Zeitaufnahmen, um auch wirklich loyal die „richtigen“ und „gerechten“ Stückpreise festzustellen.

Die Verwaltung weiß ganz genau, daß durch diese sogenannte Mitwirkung der Arbeiterschaft bei Zeitaufnahmen die Arbeiter selbst von dem Kampf gegen den fortwährenden Gedingepreissabzug abgehalten werden, weil sie der Meinung ist, daß es bei den Zeitaufnahmen richtig zugegangen sei und der Preis eben der richtige sei. Und diese Meinung wird ihnen von den Gewerkschaften und ihren Betriebsräten noch eingeimpft und suggeriert und bewiesen durch angebliche Erfolge bei diesen Zeitaufnahmen.

Diese Methode der Erziehung der Arbeiter zur Passivität und zur Abhaltung vom aktiven Kampf liegt ja auch ganz in der Linie der Gewerkschaften, in der Linie des Wirtschaftsfriedens, in der Linie der Sicherstellung des Staates, der Sicherstellung der Youngabzahlungen, bei denen ja die Reichsbahn maßgebend ins Gewicht fällt.

Und hier begegnen sich die Wünsche und Absichten der Verwaltung mit denen der Gewerkschaften.

Und deshalb kann man jetzt auch beobachten, wie konform und wie Hand in Hand die Reichsbahnverwaltung und Gewerkschaften (speziell Einheitsverband) arbeiten, um Betriebsräte und Funktionäre der RGO., welche die Mitwirkung bei Zeitaufnahmen ablehnen, zu maßregeln. Das RAW. Oppeln ist das beste Beispiel dafür, wie geschickt Verwaltung und Einheitsverband sich die Räder zurechtgerollt. Der in seiner Mehrheit reformistische Hauptbetriebsrat machte der Hauptverwaltung den Vorschlag, dem Werk Oppeln die Arbeit als Mutterwerk zu entziehen, weil dort die RGO. die Mitwirkung ablehnte. Und mit Freuden griff die Verwaltung diesen Vorschlag auf und drohte mit der Entlassung von 350 Eisenbahnern, so daß es den reformistischen Funktionären gelang, einen Keil zwischen Belegschaft und rote Betriebsräte zu treiben.

Dasselbe Beispiel in München, wo die Verwaltung einen roten Betriebsrat durch Gerichtsbeschluß ablehnen ließ und gegen den Vorstehenden die Klage vor dem Reichsarbeitsgericht läuft.

Auch im Werk Oppeln arbeiten jetzt die Einheitsverbände mit der Verwaltung zusammen, um den roten Betriebsräten eine Pflichtverletzung anzuhängen und sie zu entfernen.

Im Werk Sebaldsbrunn benutzte man RGO. Betriebsräte bei der Verwaltung.

Verwaltung und Gewerkschaften wollen also zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen, nämlich weiter ungehindert mit der Stoppuhr rationalisieren und gleichzeitig die unbedeutenden RGO.-Betriebsräte beseitigen. Die Eisenbahner ersehen hieraus, daß die RGO. in ihrem Kampf auf dem richtigen Wege ist.

Die Kollegen Eisenbahner müssen diese Zusammenhänge erkennen, dieses offensichtliche Zusammenarbeiten von Verwaltung und Gewerkschaftsbürokratie, um den Einfluß der RGO., der bei den Eisenbahnern vorhanden ist, zu vernichten.

Sorgen die Eisenbahner dafür, daß diese Pläne zu Stande kommen, und zwar durch die Wahl roter Betriebsräte am 9. und 10. Mai.

Bei Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich dieselbe Leistung

Von einem Arbeiter der J. A.-Umladehalle Wahren

Im Jahre 1923 wurde den Eisenbahnern mit Hilfe der Gewerkschaftsbürokratie der Achtstundentag geraubt. Die Arbeitszeit um eine Stunde verlängert worden. Der Lohn aber ist nicht eine Stunde erhöht, sondern nur acht Stunden auf die neun Stunden verteilt worden. Diese Verlängerung der Arbeitszeit hat den ungeheuren Personalabbau ermöglicht. Jetzt wurde in einem großen Teil des Eisenbahnbetriebes die Arbeitszeit ohne Lohnausgleich wieder verkürzt. Die Gewerkschaftsbürokratie erzählte den Eisenbahnern, daß durch diese Arbeitszeitverkürzung neues Personal eingestellt werde. Wer dies den Verrätern glaubte, ist nun bitter enttäuscht. Die Eisenbahnverwaltung verlangt von dem Personal bei der verkürzten Arbeitszeit dieselbe Leistung.

In unserer Dienststelle hat die Reichsbahndirektion Halle am 14. April folgendes Telegramm ausgegangen:

„Den Arbeitern, die unter Berücksichtigung der um eine Stunde verkürzten Arbeitszeit hinter den in den Vormonaten erzielten Leistungen zurückbleiben, ist heute noch mitzuteilen, daß das Arbeitsverhältnis am Donnerstag, dem 16. April, mit 14-tägiger Frist gekündigt wird, wenn sich ihre Leistungen bis dahin nicht wesentlich steigern.“

Der Leiter unserer Dienststelle hat diesem Telegramm noch folgenden Schwanz hinzugefügt:

„Ich erwarte, daß die Belegschaft aus sich heraus die Arbeit wieder leistet, wie sie es früher getan hat.“

Also zum Hungerbrot die Peitsche. Das ist der Ausweg jener Lohnraubpolitik, wie sie sich im Reichsbahnbetrieb dank der Unterstützung der reformistischen Bürokratie entwidelt hat. Kolonnenmacht mit dem System Schluß, wählt am 9. und 10. nur rote Betriebsräte!

selbstverständlich von außerordentlicher Wichtigkeit vorhandenen Betriebspositionen, sondern der Betriebsrätewahlkampf muß ausgenutzt werden zur Mobilisierung und Organisierung der Eisenbahner für die von der Reichskonferenz aufgestellten Forderungen. Diese sind:

- Kampf gegen die Brüningregierung!
- Kampf gegen jeden Pfennig Lohnabbau!
- Kampf für die Erhöhung der Löhne und Gehälter, um die Dienstfähigkeit des Personals zu sichern und die Betriebssicherheit bei der Eisenbahn zu gewährleisten.
- Kampf für die Beseitigung der Feiertage, gegen die Entlassungen.
- Einführung des Siebenstundentages bzw. 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich.
- Beseitigung der Dienstdauervorschriften,

der Wirtschaftsgebiete der Ortslohnklassen und Ortsklassen, Reduzierung der Lohngruppen von 8 auf 3.

Gegen Bahnschutz, Teno und Werkportone eine.

Gegen das System der Leistungszulagen des Gedingeverfahrens sowie die Mitwirkung bei Stoppuhrzeitaufnahmen.

Gegen die Falschisierung des Reichsbahnbetriebes sowie gegen den falschischen und sozialfaschistischen Terror.

Für die Wiedereinstellung der abgebauten Arbeiter und Beamten

Eisenbahnerkollegen! In diesem Sinne, ran an die Wahlen für den Sieg der RGO.!

Verantwortlich: Richard Krause, Berlin

Sport vom Sonntag

Immer stärker werden die sporttreibenden Vereine in der roten Sportbewegung und mit ihnen wachsen auch die Zuschauerzahlen bei Veranstaltungen.

Janal-West - Janal-Nord 7:1

Das noch fällige Serienpiel beider Vereine fiel auf der Janalhalbinsel und brachte den Westspielern einen überraschend hohen Erfolg.

Das Spiel der zweiten Mannschaften beider Vereine endete mit dem Resultat von 4:3 für West.

Fichte-West 1 - Grün-Weiß 1:0

Die größte Überraschung in Grün-Weiß' letztes Serienpiel brachte ihnen Fichte. Wer hätte Fichte eine Chance gegeben?

Mit dem Ansturm von Grün-Weiß beginnt ein hohes Treffen, in welchem Grün-Weiß bis zur Halbzeit die besseren Leistungen vollbringt.

Das Serienpiel der zweiten Mannschaften beider Vereine endete mit dem Resultat von 4:3 für Grün-Weiß.

Die Mannschaft der zweiten Klasse ist nun auch von Rot-Weiß am Sonntag abend im Stadion Dynamo II mit 5:2 ab.

Die beiden letzten Spiele vor dem Abschluss des Programms, und zwar spielen auf dem Minerva-Platz

Janal-Ost 1 - Heil 1:2:1

Die das erste Mal erscheinende Dimannschaft zeigte den zahlreichen Zuschauern ein rechtlich interessantes, doch überreiztes Spiel.

Am Sonntag trafen sich obige Gegner auf dem Minerva-Platz, der von über 300 Zuschauern umlagert war.

Am 1. Mai erscheint

alles auf dem Minerva-Platz, Lange Gasse, zum Fußballspiel A gegen B um 17 Uhr.

erfolge sichtlich befruchtet und ihr Mannschaftsgeist vom letzten Spiele läßt sie vollkommen im Stich.

Arbeiter-Rad- u. Kraftfahrerbund Solidarität, Ortsgr. Breslau.

Alle Sportler, die nach Wien zur Olympiade fahren wollen, meiden sich umgehend mit genauer Adresse und Angabe, ob mit Fahrrad, Motorrad oder Sonderzug bis zum 1. Mai an Genossen.

Die Spartakiade in Berlin

Gewaltige Begeisterung bei den Sportlern im Reich - Ein Sternlauf

Die vom 4. bis 12. Juli in Berlin stattfindende Spartakiade hat überall eine große Begeisterung ausgelöst.

Zu Beginn der Spartakiade werden in Berlin während der Eröffnungskundgebungen Staffelläufer eintreffen, die Stafetten aus Oslo, Stockholm, København, London, Amsterdam, Brüssel, Paris, Straßburg, Basel, Wien usw. überbringen.

Auch die Motorradfahrer werden zu der Spartakiade ganz besonders in Erscheinung treten.

Die Tage, an denen die Meldungen für die sportlichen Wettkämpfe abgegeben sein müssen, rücken immer näher.

Wieviel „Sportler“ gibt es in Deutschland?

Eine Statistik verzeichnet in Deutschland zurzeit über 7 Millionen Sportinteressenten. Wohlgemerkt, Interessenten, nicht Sporttreibende.

Nach Sportarten zergliedert, führt das Turnen mit 1.870.000 Mitgliedern. Für die Ausbreitung des Wettkampfsports spricht, daß der Fußball an zweiter Stelle mit 940.000 Mitgliedern liegt.

Die nächste Stelle belegen die Radfahrer. Es gibt 490.500 Räder der Pedale und 26.000 Motorradfahrer.

Den Wintersport pflegen 150.000 Sportler und Sportlerinnen. Unter den Autosportlern werden 140.000 gerechnet.

Den Godesport treiben 32.000, das Auguspiel 20.000. Eine der feindlichsten Sportarten, das Golfspiel, hat 6000 Anhänger.

Zu diesen Zahlen kommen noch 120.000 sporttreibende Studenten

Agitationsbezirk. Heute Montag erstmalig Sitzung bei Jente, Mariannenstraße 7.

Besucherkreis der „Ila“

Morgen, Dienstag, abend im „Bergeller“ Mitgliederversammlung.

- 1. Zweiter Vortrag von Gansdorf über den Fünftfahrplan. Papier und Bleistift mitbringen. 2. Rührung zum 1. Mai. 3. Verschiedenes.

Berlin gemeldet werden. Eine Kopie geht an die Landesleitung. Im Interesse einer reibungslosen Abwicklung des gewaltigen Sportprogramms muß schon jetzt die Vorbereitung bis ins kleinste erfolgen.

Vom 10. Mai bis zum 10. Juni wird eine Sammelaktion für den Spartakiade-Fonds durchgeführt.

Gewaltig sind die Vorarbeiten, gewaltig wird die Spartakiade, die gemeinsam mit der arbeitenden Bevölkerung durchgeführt wird.

und die professionellen Sportvereinigungen. Die katholische Organisation „Jugendkraft“ hat in letzter Zeit ihren Sportbetrieb auf wehrsportliche Grundlage umgestellt.

Die Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit hat also auch hier in Schlesien ein sehr beachtliches Gebiet zu bearbeiten.

Keine Werkstatt, kein Betrieb, kein Büro darf ohne Marken und Listen für die Sammlung zum Antifaschistischen Kampffonds sein!

Gutschein. Einige 100 Kofferapparate gehe ich zur Einführung für nur je RM. 8,80 ab. Bild eines Kofferapparats.

Tüchtige Abonnentenwerber gesucht für den Arbeiter-Sender. Bild eines Senders.

Bade dich gesund im Breslauer Hallenschwimmbad

H Empfehlenswerte Geschäfte in Schlesien. Petersdorf I. Rsgb., Landeshut, Dittersbach, Niesky O.L., Sittenfeld-Seller, Kubalcki Nachflg., Reform Lebensmittelhaus, W. Pasche, Herren-, Damen- und Kinderkleidung, G. Jähne, R. Gottschlich, M. Lund, Gasthof „Zum Stern“, C. Berndt, Fritz Wolf, Rudolf Haertel, Café.